

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 03 66 846-48 ppbn d



## Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der SPD, sieht seine Partei am Ende des Jahres in guter Verfassung.

Seite 1 - 3

Dr. Klaus von Dohnanyi MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt, zieht Bilanz der deutschen Präsidentschaft in den Europäischen Gemeinschaften.

Seite 4/5

Hermann Dürr MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion, erläutert die wichtigsten Änderungen zugunsten von kürzeren Strafverfahren ab 1. Januar.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 249

29. Dezember 1978

Die SPD am Ende eines guten Jahres

Ein wichtiges Stück demokratischer Integration hinter sich gebracht

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Manche Prognosen für das vor uns liegende Jahr sind mir reichlich optimistisch erschienen. Die beträchtlichen Unsicherheiten der internationalen Lage sollten auf keinen Fall unterschätzt werden. Ähnliches gilt für einige Faktoren, die für die innere Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung sind; so können die Lehren, die nicht nur von den direkt Beteiligten aus dem Konflikt in der Stahlindustrie gezogen werden, weitreichende Bedeutung erlangen.

Nicht zu bestreiten ist jedoch, daß die Bundesrepublik im ganzen, zumal im Vergleich mit anderen Staaten, wiederum ein gutes Jahr hinter sich gebracht hat. Dies gilt nicht zuletzt für die Sozialdemokratische Partei, die sich ja nie als Selbstzweck, sondern stets als bewegender Teil des Ganzen zu verstehen hat.

Wir haben uns in allen Landtagswahlen gut, in Hamburg sogar sehr gut geschlagen. Der hessische Erfolg, von dem mehr abhing, als viele ahnten, hat die sozial-liberale Koalition gestärkt und ihr neuen Auftrieb verliehen. Dies bleibt ein herausragendes Ereignis des zuende gehenden Jahres.

Dabei sollten wir - bitte! - nicht dem Irrtum erliegen, der Politik nur als eine Aneinanderreihung von Wahlkämpfen versteht. Die Vielzahl der Wahlgänge, die es - abgesehen von den besonderen Traditionen der Schweiz - in keiner anderen Demokratie gibt, verleitet allzu sehr dazu, nur noch von einer Kampagne zur anderen zu denken. Bei den heutzutage knappen Ergebnissen, die nicht nur in der Bun-

desrepublik zur Regel geworden sind, scheint dieser bedenkliche Trend noch zuzunehmen.

Für die Wähler indes - die Bürger also - zählt, was jenseits aller Wahlkämpfe beschlossen und durchgeführt oder auch nur auf den Weg gebracht wird. Für die von Helmut Schmidt geführte Bundesregierung, für die von Herbert Wehner geführte Bundestagsfraktion, für die Sozialdemokratische Partei insgesamt heißt dies: Wir haben ein ungewöhnliches Maß an sozialer Sicherheit bewahren, ja auf einer Reihe von Gebieten sogar ausbauen können. Aber wir sind uns wohl auch gewisser Abhängigkeiten noch stärker bewußt geworden.

Es würde mich weder wundern noch würde ich es bedauern, wenn über die Folgerungen dessen mehr nachgedacht würde, daß wir der staatlichen Verwaltung nicht ohne Not mehr aufladen dürfen als sie vernünftigerweise zu tragen vermag. Dem Bürger und seinen freien Zusammenschlüssen sollte nichts entzogen werden, womit er und sie erfahrungsgemäß besser fertig werden. Einige von uns hatten dies schon als eine der Lehren von 1976 hervorgehoben.

Die SPD hat während eines nicht immer einfachen Jahrzehnts ein wichtiges Stück demokratischer Integration hinter sich gebracht. Für Staat und Gesellschaft war dies von großer Bedeutung. Für die Partei selbst hat es sich alles in allem vorteilhaft ausgewirkt. Es hat ihr, anders als man es hier und da befürchtete - und gelegentlich auch mit gutem Grund befrüchten konnte - zu neuer Vitalität verholfen. Aber dies darf uns nicht den Blick dafür trüben, daß wir es inzwischen mit einer neuen jungen Generation zu tun haben, die Antwort auf ihre von Zukunftsangst geprägten Fragen braucht, wenn man sie vor der Flucht aus der Gesellschaft bewahren will.

Es ist bekannt, daß ich - nicht nur nebenbei und zusätzlich zu anderem - Fragen der Gleichberechtigung für solche halte, die auf unserem Aktionsplan mit obenan zu stehen haben. Dies gilt für das weit stärkere Einbeziehen von Frauen in herausgehobene politische Verantwortung.

In eindrucksvoller Weise hat unser Europa-Parteitag vor wenigen Wochen bekräftigt: Auf der Grundlage eines nach vornweisenden, über unsere Wahlperioden hinausreichenden und dabei doch realistischen Programms hat die SPD - sachlich und personell - zu einem Maß an innerer Geschlossenheit gefunden, das zuversichtlich stimmt. In diese Geschlossenheit sind unsere Freunde an der Spitze der deutschen Gewerkschaften voll einbezogen. Niemand denkt daran, sie in der Parlamentarischen Versammlung der Europäi-

schen Gemeinschaft für enge parteipolitische Zwecke einspannen zu wollen. Aber gemeinsam mit Kollegen aus anderen Ländern - auch solchen aus christdemokratischen Parteien - werden sie für den sozialen Inhalt der Gemeinschaft Wertvolles leisten können. Und das ist dringend geboten.

Während der Debatte zum Extremisten-Thema, die ja alles andere als einfach war, haben wir nicht nur eine für die Lernfähigkeit der eigenen Partei wichtige Erfahrung gemacht. Wir haben auch, für die Gesellschaft bezogen, wieder gelernt, was es bedeutet, Problembewußtsein zu schaffen. Damit beginnt jede ernste Veränderung.

Dies wird sich auch zeigen, wo es sich um bestimmte Formen von Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt handelt. Es ist erschütternd, wenn man erfährt, daß nicht einmal einige der renommierten Fernsehjournalisten eine Ahnung davon haben, daß es in einer Reihe von westlich-demokratischen Ländern keine Praxis oder auch keine rechtliche Möglichkeit der Aussperrung gibt. Hieran denke ich unter anderem, wenn ich von Problembewußtsein spreche. Aber auch daran, daß die Probleme der Umwelt und der Lebensqualität im Verständnis unserer Öffentlichkeit - und der eigenen Partei - wesentlich höher angesiedelt werden müssen.

Im übrigen hat mir die - ja noch nicht abgeschlossene - Zeit der erzwungenen Abwesenheit vom Schreibtisch gezeigt: Die sozial-liberale Koalition ist fundiert. Nicht nur, weil es zu ihr keine vernünftige Alternative gibt. Auch nicht nur wegen der gemeinsamen Leistungen in den Jahren seit 1969, durch die ja die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, daß Gewicht und Verantwortung unseres Staates in den europäischen und sogar weltweiten Zusammenhängen wesentlich zunahmen. Sondern auch wegen der gemeinsamen Pflichten und Möglichkeiten im eigenen Land. Ich will dann, bei aller Bedeutung der Innenpolitik, allerdings gleich hinzufügen, daß die Pflichten zur aktiven Friedenssicherung um nichts geringer geworden sind. Dies gilt für Nord-Süd nicht minder als für Ost-West.

Nicht nur der Ordnung und der Vollständigkeit halber füge ich hinzu: Die Bundesversammlung, die im Mai 1979 zusammentritt, wäre wirklich gut beraten, Walter Scheel wieder zum Bundespräsidenten zu wählen. Ich habe darauf schon im vergangenen Frühjahr unabhängig von innenpolitischen Streitfragen hingewiesen. Heute unterstreiche ich es auch mit dem Blick auf die europäischen Aufgaben und unser Verständnis von weltpolitischer Verantwortung. (-/29.12.1978/bgy/hgs)

+ + +

## Die Bilanz ist positiv

## Deutsche Präsidentschaft in den Europäischen Gemeinschaften

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt

Am 31. Dezember geht die deutsche Präsidentschaft 1978 zu Ende. Sie hat für die europäische Integration wichtige und weitreichende Entscheidungen gebracht. Die Entwicklung der Gemeinschaft ist in allen wesentlichen Bereichen des inneren Ausbaus, der Erweiterung und der Außenbeziehungen vorangetrieben worden. Die Zielvorstellungen, die die Bundesregierung sich gesetzt hatte, und die der Bundeskanzler im Anschluß an den Bremer Rat noch einmal zusammenfaßte, sind praktisch in allen wichtigen Punkten Wirklichkeit geworden:

- Die Beitrittsverhandlungen mit Griechenland sind nach schwierigen Verhandlungen in der Substanz abgeschlossen. Die erste der drei südeuropäischen Demokratien hat damit ihren Platz im Zusammenschluß der westeuropäischen Demokratien gefunden. Portugal und Spanien werden folgen. Die feierliche Eröffnung der Portugalverhandlungen fand am 17. Oktober statt, die Sachverhandlungen wurden am 1. Dezember aufgenommen. Die Aufnahme der Verhandlungen mit Spanien wurde vom Rat am 19.12. beschlossen. Sie werden im nächsten Februar unter französischer Präsidentschaft feierlich eröffnet werden.
- Im Währungsbereich ist mit der Schaffung des EWS ein wichtiger Schritt gelungen, der die konsequente Fortsetzung der gemeinschaftlichen Handels- und Zollpolitik bedeutet: Das EWS wird Ausgangspunkt eines Systems sein, in dem die bis dahin isolierten Bestandteile (Währungsbeistände, Gemeinschaftsanleihe, Regional- und Sozialfonds) zu einem Gesamtkonzept solidarischer Integration gestaltet werden. Ohne diese werden die wirtschaftlichen und strukturellen Probleme, denen sich die Gemeinschaft in den kommenden Jahren gegenübersehen wird, nicht zu lösen sein.
- Die Neuverhandlungen über die Spielregeln der Weltwirtschaft (GATT) stehen vor dem Abschluß. Sie sind unter deutscher Präsidentschaft soweit vorangetrieben worden, wie es die Entscheidung des amerikanischen Kongresses zuließ, in der auslaufenden Legislaturperiode den Verzicht auf eventuelle Ausgleichszölle nicht mehr zu verlängern. Die Gemeinschaft hat nun das Ihre für den erfolgreichen Abschluß dieser wichtigen Verhandlungen getan. Die Initiative liegt bei den USA.
- Die erste Phase der Verhandlungen zur Fortführung des Lomé-Abkommens, dieses bedeutenden "Paktes für den gemeinsamen Fortschritt" von Industrie- und Entwicklungsländern sind planmäßig mit der AKP-EG Ministerkonferenz vom 21.12. abgeschlossen worden.
- Die noch erforderlichen Vorbereitungen für die Direktwahl am 10. Juni sind unter deutscher Präsidentschaft getroffen worden. In diesem Zusammenhang sind auch unsere Bemühungen zu sehen, konstruktive, beispielgebende Formen für die Auflösung von Konflikten (Konzertierungsverfahren) zwischen Rat und Parlament zu finden. Die Auseinandersetzungen über den Haushalt 1979 haben diese Fortschritte zu Unrecht in den Hintergrund treten lassen. Hier müssen nun beide Seiten behutsam vorgehen, um die offene Konfrontation unmittelbar vor den Direktwahlen zu vermeiden. Wer versucht, die Gewichte zwischen den Institutionen jetzt zu verschieben, schadet am Ende Europa. Daran aber können wir kein Interesse haben. Der Rat ist daher weiter gesprächsbereit, um mit dem Parlament zu einer zufriedenstellenden Lösung zu kommen.
- Die EPZ, die Zusammenarbeit der Neun in der Außenpolitik ist weiter vorangekommen. Die enge Abstimmung der Mitgliedstaaten in der Namibiafrage, im Rhodesienkonflikt und

generell in den Vereinten Nationen sind nur die wichtigsten Punkte einer umfassenden Kooperation.

Positiv ist auch die "sonstige Bilanz", die man nur allzuoft vernachlässigt: In der europäischen "Kleinarbeit" ist eine Fülle wichtiger Entscheidungen getroffen worden, die für den Bürger in der Gemeinschaft oft unmittelbare Auswirkungen haben. Zu nennen ist hier die Neuregelung der Reisefreibeträge (u.a. Erhöhung von drei auf vier Liter Wein), die Direktversicherungsrichtlinie, die den Wettbewerb auf dem Lebensversicherungsmarkt zum Nutzen der Verbraucher erhöht, im Niederlassungsrecht die Freizügigkeit für Tierärzte und Architekten (letztere nach über 10jähriger Verhandlungsdauer), im Umweltschutzbereich Vorschriften zur Qualität des Trinkwassers, zum Vogelschutz und in Konsequenz des Tankerunfalls Amoco Cadiz gemeinschaftliche Rechtsnormen zur Verhinderung derartiger Umweltkatastrophen.

Sicherlich: Die Zeit der Präsidentschaft ist zu kurz, um alles, was gelöst werden sollte, auch zu lösen. Abstriche mußten wir machen in der Fischereipolitik, wengleich durch intensive Vorarbeit die Problematik von einer prinzipiellen zu einer quantitativen und damit leichter lösbaren geworden ist. Unbefriedigend ist die Lage im Energiesektor. Hier verhindern zu unterschiedliche Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten nach wie vor die Formulierung der längst überfälligen Gemeinschaftspolitik.

Diese offenen Punkte vermögen an der Tatsache einer erfolgreichen Bilanz nichts zu ändern. Dies ist auch der Eindruck, der aus Gesprächen mit Kollegen aus den anderen Mitgliedstaaten zu gewinnen ist. Man hat uns Anerkennung gezollt für eine Präsidentschaft, die darauf angelegt war, die Dinge voranzutreiben und zu Entscheidungen zu kommen. Wir hatten den Ehrgeiz, ein zuverlässiges Glied in der europäischen Stafette zu sein. Man sagt uns, diese selbst gestellte Aufgabe hätten wir erfüllt.

Die erfolgreiche deutsche Präsidentschaft ist ein wichtiger Pluspunkt im Erfolgskonto der sozialliberalen Bundesregierung. Wir Sozialdemokraten sollten - gerade im Vorfeld der Direktwahlen - immer wieder darauf hinweisen, daß auch im europäischen Bereich Fortschritt nur möglich war in Zusammenarbeit mit den Liberalen und gegen bzw. ohne die Opposition. Gegen eine Opposition, die lange am Europäischen Währungssystem herumkackelte, um es dann - wie die KSZE - post festum als wichtige Errungenschaft zu preisen. Ohne eine Opposition, die auf weite Strecken damit beschäftigt war herauszufinden, ob ihre Politik nun ein "Glück für die Menschen" sei oder nicht (Die CSU hat natürlich recht, sie ist es nicht). Und die jetzt daran geht, die abwegige These von "Freiheit oder Sozialismus" noch einmal in der Formulierung "Volkspartei statt Volksfront" aufzuwärmen, obwohl gerade die Partei Chiracs, des Bündnispartners der CDU/CSU in der EDU, wiederholt zusammen mit den Kommunisten gegen den europäischen Fortschritt gestimmt hat.

Vor dieser heraufziehenden Kampagne aus Scheinheiligkeit und Demagogie sollte uns nicht bange sein. Zählen werden bei den Wählern Können und Leistung. Die erfolgreiche deutsche Präsidentschaft wird in dieser Auseinandersetzung ein Pfund sein, mit dem wir wuchern sollten.

- (-/29.12.1978/hj/hqs)

+ + +

- 
- + Redaktion und Verlag des SPD-Pressedienstes wünschen
  - + ihren Lesern ein erfolgreiches neues Jahr 1979.

## Kürzere und übersichtlichere Strafverfahren ab 1. Januar

## Möglichkeiten der Beschleunigung von strafrechtlichen Großverfahren

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der deutsche Strafprozeß dauert zu lang. Vor allem bei Großverfahren, in denen es um strafrechtliche Bewältigung von Schwerstkriminalität geht, wie z.B. bei Wirtschafts-, Terroristen- und Strafverfahren von NS-Gewalttätern. Solche Strafverfahren haben in den vergangenen Jahren einen stetigen Trend zur Verlangsamung gezeigt. In der Bevölkerung stößt dies auf Unverständnis und zum Teil auch auf Kritik. Gerade diese Großverfahren prägen wegen ihrer oftmals spektakulären Natur das Bild der deutschen Strafjustiz in der Öffentlichkeit. Zudem zeigt gerade die Bewältigung von Kapitalverbrechen durch die Justiz, inwieweit sie sich in ihrer rechtsstaats-erhaltenden Funktion bewährt.

Das von der Bundesregierung vorgelegte und am 5. Oktober 1978 verabschiedete Strafverfahrensänderungsgesetz 1979, welches am 1. Januar 1979 in Kraft tritt, ermöglicht der Justiz künftig, den Ablauf von Strafverfahren zu vereinfachen, zu beschleunigen und auf die Behandlung der wesentlichen Straftaten zu konzentrieren. Außerdem dient das Gesetz dazu, den Mißbrauch prozessualer Rechte zu verfahrensfremden Zwecken zu verhindern. Letztlich sichert die mit diesem Gesetz angestrebte Strafverfahrensbeschleunigung eine effektive Strafrechtspflege und verbessert damit auch die Wirksamkeit der Verbrechensbekämpfung.

Das Gesetz ist das Ergebnis gründlicher Vorarbeiten der von der Justizministerkonferenz 1975 beauftragten, gemeinsamen Arbeitsgruppe "Strafverfahrensreform" und einer intensiven Diskussion mit Vertretern der gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Praxis sowie der Verbände der Richter- und Anwaltschaft. Durch die Beratung mit den Praktikern aus der Justiz sollte o.a. gewährleistet sein, daß hier ein äußerst praxisnahes Gesetzeswerk geschaffen wird, das eine effektivere Strafrechtspflege ermöglicht.

Die wichtigsten Verfahrensänderungen nach diesem Gesetz sind im einzelnen:

- Von der Verfolgung einzelner Straftaten kann künftig abgesehen werden, wenn diese von geringerer Bedeutung für die Strafe sind, die für die übrigen Straftaten zu erwarten oder bereits verhängt worden ist. Diese Erweiterung der Einstellungsmöglichkeiten hat für die Praxis insbesondere auch deshalb besondere Bedeutung, weil die Möglichkeit einer Verfahrensbeschränkung nicht erst bei der Anklageerhebung oder gar erst in der Hauptverhandlung, sondern schon im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsvorhaben besteht. Der die Ermittlungen führende Staatsanwalt ist nach der Neuregelung in der Lage, eine raschere Prozeßvorbereitung bei einer Konzentration der Ermittlungen auf wichtige Tatvorgänge zu betreiben.
- Zusätzlich zu den Verfahren vor dem Einzelrichter hat jetzt das Schöffengericht die Möglichkeit, bei Vergehen die Strafe durch schriftlichen Strafbefehl ohne Hauptverhandlung festzusetzen, wenn die Staatsanwaltschaft dies beantragt. Damit werden in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht einfachere Fälle der Kriminalität ohne eine zeitraubende Hauptverhandlung durchgeführt werden können.
- Die Durchführung der Hauptverhandlung wird durch Vorkehrungen gegen den Mißbrauch des Ablehnungsrechts zur Verfahrensverzögerung erleichtert und beschleunigt. Künftig kann das Gericht vor der Entscheidung über ein Ablehnungsgesuch die Hauptverhandlung vorläufig fortsetzen und muß diese nicht, wie bisher, bis zur Entscheidung des Ablehnungsgesuchs unterbrechen.
- Unter bestimmten Voraussetzungen fällt ferner die Pflicht weg, Urkunden in der Hauptverhandlung zu Beweis Zwecken zu verlesen. Auf diese Weise entfällt das langwierige Verlesen umfangreicher Urkundenkomplexe, insbesondere in Wirtschaftsstrafverfahren.
- Das Aufheben von Urteilen wegen Besetzungsfehlern des Gerichts wird eingeschränkt.

Daneben werden durch das Gesetz Unklarheiten und Lücken im Strafverfahrensrecht geschlossen. In ihrer Gesamtheit stellen die Neuregelungen einen wesentlichen Beitrag zur Vereinfachung des Strafprozesses dar. Der Justiz wird zugleich ermöglicht, die ihr zugewiesenen Aufgaben ohne wesentliche Verwehrung der sachlichen und persönlichen Mittel effektiver zu erfüllen.

(-/29.12.1978/hj/10)